



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zwei Erwiderungen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zwei Erwiderungen.

1. Die Praxis der deutschen Feuerversicherungsgesellschaften.



Unser unter dieser Überschrift veröffentlichter Artikel hat sich eines Angriffs der „Berliner Börsenzeitung“ zu erfreuen gehabt, auf den wir, unter strengster Beschränkung auf die Sache, eine kurze Erwiderung für nötig halten. *) Vor allem danken wir der „Börsenzeitung“ für die reiche Zitirung ganzer Abschnitte unsers Artikels. Es ist dadurch die Kenntniss desselben auch zu einem Teile des Publikums gedrungen und hat diesen zum Nachdenken und Vergleichen über den behandelten Gegenstand angeregt, zu dem er durch die grünen Hefte allein nicht gekommen wäre. Den Vorwurf, nicht sachverständig zu sein, sowie alle persönlichen Verdächtigungen können wir getrost der Beurteilung der Leser überlassen. Sie beweisen jedenfalls, daß der Hieb gesessen, und er kann auch durch eine Handbewegung nicht weggewischt werden. Oderint, dum metuant.

Der Saltomortale von den „Drohnen“ auf die „Arbeitsbienen,“ um als letztere die Sozietätsdirektoren hinzustellen, war eine unnütze Kraftanstrengung, denn es genügt ein einfacher Schritt in das geschäftliche Treiben des Volks, um die Arbeitsbienen bei den die fetten Dividenden produzierenden Prämienzahlern zu finden.

Wir verwahren uns auch gegen die uns untergeschobene Absicht, mit unsrer Arbeit das Reskript des Reichskanzlers vom 19. März v. Js. rechtfertigen zu wollen. Dieser Versuch hieße von unserm Standpunkte aus Eulen nach Athen tragen. Der Behauptung des unverhältnismäßig hohen Gewinns, der zu hohen Prämiensätze und vorkommender ungerechtfertigter Mittel bei den Regulirungen von Brandschäden ist der Ausschuß des Verbandes deutscher Privatfeuerversicherungsgesellschaften in einer an die Oberpräsidenten des preussischen Staates gerichteten Eingabe entgegengetreten. Die in dieser Eingabe durch unrichtige Gruppierung gewonnenen Zahlen haben wir durch andre Zahlen widerlegt, welche den eignen Abschlüssen der Gesellschaften entnommen sind. Ferner haben wir durch Beispiele unredlicher Schadenregulirungen, die aus der Praxis entnommen waren, bewiesen, daß solche nicht nur auf Mißgriffen der Regulirungsbeamten beruhen, sondern mit Wissen und Willen der Gesellschaften zum Vorteil ihrer Aktionäre systematisch betrieben werden. Daß nur vier konstatarie Fälle als Beispiele angeführt wurden, beruhte nicht auf Mangel an Material, sondern lediglich auf dem Umfange des uns zur Verfügung gestellten Raumes.

Den Gegenbeweis durch Zahlen ist die Erwiderung der Börsenzeitung ihren Lesern schuldig geblieben. Wenn sie sich in ein vornehmes Gewand hüllt und sich stolz hinter dem Vorwurfe des „Platsches“ zurückzieht, so erinnert sie nur an den Ausspruch jener Gesellschaft, welche dem Prinzip des mittelheiligenden Zweckes huldigt: Si foeicisti, nega. Vor uns liegt der Bericht eines Gesellschaftsvorstandes

*) Wir machen mit Bezug auf den Artikel der „Börsenzeitung“ ausdrücklich darauf aufmerksam, daß unsre Artikel in Nr. 26 des vorigen Jahres und in Nr. 7 und 9 des laufenden Jahrgangs von zwei verschiedenen, völlig unabhängig von einander arbeitenden Verfassern herrühren.
Die Red.

an seine Aktionäre, in dem es heißt: „Es haben auch zahlreiche Konkurrenzorgane die Situation durch Verdächtigung der jüngern Kompagnien mit sehr großem, aber wenig rühmlichem Eifer ausgenützt. Wir hatten sehr oft um die Erhaltung unsers alten Bestandes zu kämpfen.“ Wir können nicht annehmen, daß diese Beschuldigung der schweizerischen Konkurrenz nicht auf Thatsachen begründet sei. Um die Erinnerung an die Verheimlichung ungünstiger Geschäftsergebnisse aufzufrischen, lenken wir die Aufmerksamkeit auf No. 32 des vorigen Jahrgangs der „Allgemeinen Versicherungszeitung“, wo es heißt: „Von verschiedenen Seiten sind wir daran erinnert worden, daß wir über die letzten Rechnungsabschlüsse mehrerer [Aktien-] Gesellschaften noch keine Referate gebracht haben. Die Mehrzahl dieser Gesellschaften sind allerdings solche, die wir am liebsten mit Stillschweigen übergehen möchten. . . . Einige wenige Gesellschaften behalten [enthalten?] uns regelmäßig den Geschäftsbetrieb vor, wozu sie vielleicht, als Lichtscheu, Grund genug haben mögen.“

Die bewiesenen Unredlichkeiten in den aufgewiesenen vier Schadenfällen werden durch die Behauptung zu entkräften gesucht, daß sich derselben keine der großen „Prima“-Kompagnien, auch keine Verbandsgesellschaft schuldig gemacht habe. Woher diese Wissenschaft? Etwa aus den Paragraphen-Nummern der Versicherungsbedingungen? Dann genüge der Hinweis, daß diese Fährte falsch ist. Und kann es ein Trost für den Übervorteilten sein, nicht von der Crème der Assekuranz, sondern nur von den *diis minorum gentium* über's Ohr gehauen worden zu sein? Und wäre es nicht eine Pflicht derjenigen, welche die „Prima“-Kompagnien kennen, diese zu nennen, um das unwissende Publikum vor fernerm „Reinfall“ zu bewahren?

Die gegnerische Durchschnittsberechnung in der erwähnten, für die preussischen Oberpräsidenten bestimmten Eingabe geht von unrichtigen, die vertuschende Absicht der Eingabesteller befördernden Prämissen aus. Wenn der für diese Behandlung erbrachte Beweis unverständlich sein soll, so liegt das Nichtfassungsvermögen nur an dem bösen Willen, welcher sich sogar gegen das Verständnis beweisender Zahlen hartnäckig verschließt. Von den aufgeführten dreißig Gesellschaften sind ihrem Kundenkreise 24 000 000 Mark an Dividenden, Zinsen und zuviel verwendeten Verwaltungskosten abgenommen worden. Um diese 24 000 000 Mark würden die 36 Milliarden Werte billiger versichert worden sein, wenn die Verwaltungskosten der Gesellschaften das Niveau der Aachen-Münchener nicht überschritten und ihren Aktionären keine Dividenden und Zinsen zu zahlen gehabt hätten.

Die Schäden und Verwaltungskosten sind für die Prämienätze der Aktiengesellschaften, trotz der wiederholten Behauptung des Gegenteils, nicht einflußlos, denn diese Prämienätze müssen stets so normirt werden, daß sie außer der Deckung der Schäden und den Bedürfnissen der Regie noch die Dividende der Aktionäre abwerfen. Bei der Normirung der Beiträge der reinen Gegenseitigkeitsgesellschaften sind keine schonenden Rücksichten auf das Wohlwollen leicht verstimmter dividendenberechtigter Aktionäre maßgebend. Unsere Tabelle zeigt auch, daß der Durchschnittsprämienatz der Aachen-Münchener, deren Aktionäre 70 Prozent Dividende erhielten, 1,43 Prozent, der der gegenseitigen Gothaer, deren Geschäft und Bonität von gleicher Beschaffenheit ist, nur 0,57 Prozent betrug.

Eine Gesellschaft, deren ausländisches Geschäft verlustbringend war, wird den Ausfall auf die Schultern ihrer inländischen Kunden abzuwälzen und durch erhöhte Prämien für das inländische Geschäft zu einem möglichst konvenablen Durchschnitt zu gelangen suchen. Vor uns liegt der Geschäftsbericht einer deutschen Aktien-

gesellschaft über das Jahr 1882, in welchem es heißt: „Das deutsche Geschäft ist auch im verfloffenen Jahre in zufriedenstellender Weise verlaufen. . . Dagegen hat unser außerdeutsches Geschäft uns im vergangenen Jahre besonders schwere Verluste zugefügt, . . . daß sie den aus unserm sonstigen Geschäfte erzielten Nutzen total abforbirten. Wir teilen in Bezug auf diese Geschäfte das Schicksal andrer deutschen Kompagnien.“ Wenn trotz dieses Schicksals aus den reinen Prämien eine Durchschnittsdividende von 27 Prozent gegeben werden konnte, so ist es evident, daß dieses schöne Geld nicht vom Auslande verdient, sondern vom Inlande in zu hohen Prämien gesteuert wurde.

In der Behauptung, es sei un wahr, daß eine große Anzahl von feuergefährlichen Risiken überhaupt keine oder doch nur eine unvollständige Versicherung fänden, liegt eine Dreistigkeit, für welche wir in Deutschland gar keinen passenden Ausdruck haben. Unsr Mitbürger semitischer Abstammung bezeichnen sie mit dem Worte Chuzpe. Die Behauptung wird durchaus aufrecht erhalten, und gerade aus dem ihr zu Grunde liegenden Uebelstande leitet sich die Nothwendigkeit einer großen Reichsversicherungsanstalt mit her.

Es ist ein trauriges Zeichen für unsre gesellschaftlichen und geschäftlichen Zustände, wenn jedem zu ihrer Besserung oder Umgestaltung gemachten Versuche persönliche Motive und selbstliche Zwecke von der Gegenseite unterschoben werden. Den Organen, die für eine Reform des heutigen Versicherungswesens eintreten, wird entweder das Verständnis der Sache abgesprochen oder, um das Urtheil der Menge zu verwirren, die Parteinahme aus dem Interesse eines Sozietätsbeamten untergeschoben. Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet es daher, die kaptatorische Behandlung dieser Angelegenheit durch die Fachpresse und einige sich um die Fahne der Versicherungsgesellschaften scharenden Tagesblätter, auf welche vielleicht der Gewinn aus den umfangreichen Annoncen und Reklamen der Gesellschaften nicht ohne Einfluß ist, nicht unerwähnt zu lassen.

Wir sind uns bewußt, in unserm Artikel weder für die Feuerversicherungssozietäten in ihrer heutigen Verfassung und Gestalt eingetreten zu sein, noch in schneidigen Polizeibeamten das Muster eines Regulierungsbeamten hingestellt zu haben. Unsr oratio pro domo bezog sich auf die Abschaffung von Mißverhältnissen, welche im gesamten deutschen Feuerversicherungsgeschäft bestehen, und damit auf die Möglichkeit, daßselbe in regenerirter Gestalt dem deutschen Volke billiger und besser zu gewähren. Die frühere Zerissenheit unsers Vaterlandes spiegelt sich noch heute in der Buntschekigkeit seines Feuerversicherungswesens ab. Reiche, große, sicher fundirte Kompagnien haben schwache Kolleginnen zur Seite, welche nur mit Mühe und Not den Kampf mit den mächtigen Rivalinnen bestehen und zur Aufrechterhaltung ihres Umfanges zur unverhältnismäßig starken Aufnahme solcher Risiken gedrängt werden, welche die stolzen Schwestern als nicht annehmbar abgewiesen haben. Die durch diese Geschäftsführung verursachte pekuniäre Lage bietet ihren Klienten nur eine zweifelhafte Sicherheit. Doch keine von allen diesen Gesellschaften hat das Prinzip, den durch elementare Anfälle Betroffenen vom wirtschaftlichen Untergang zu retten oder von ihm tiefeinschneidende wirtschaftliche Störungen abzuwenden, sondern das Alpha und Omega ihrer Bestrebungen ist der Erwerb einer möglichst hohen Dividende. Neben ihnen arbeiten die Gegenseitigkeitsgesellschaften, welche zwar die Aufgabe der Schutzgenossenschaft zum Vorwande ihrer Existenz genommen, jedoch zum Besten einer begünstigten Minorität das Prinzip der Aktiengesellschaften adoptirt haben. Trotzdem sind sie das Band, welches zu den Stadt- und Landfeuerversicherungssozietäten führt. Alle drei Systeme

haben neben sich die Herrbilder des Versicherungswesens, jene zahllosen kleinen, in engster örtlicher Ausdehnung beschränkten lokalen Brandkassen und Vereine, deren Mitglieder durch einen verirren, vom Sturme angefachten Funken an den Bettelstab gebracht werden können. In einem gewissen Grade leiden an dem Übel der örtlichen Beschränkung sämtliche öffentliche Sozietäten. Diese haben auch in ihrer Leitung und in ihren Verfassungen noch viele, mit den Anfangsgründen des Versicherungswesens zusammenhängende Böpfe und einen krassen Schematismus, der ihre Entwicklung hindert.

Eine Korrektur dieser Mißstände suchen wir in der Bildung einer allgemeinen, unter staatlicher Leitung stehenden Reichsfeuerversicherungsanstalt. Durch deren Bildung sollen weder dem Staate Kosten verursacht werden, noch einer seiner Unterthanen Einbuße am Vermögen erleiden. Der Staat braucht zur Übernahme des Versicherungsgeschäfts weder noch im Gange befindliches Betriebsmaterial, noch altes Eisen, das als Betriebsmaterial gilt, anzukaufen. Die Gesellschaften werden bald von der Nutzlosigkeit des Wettkampfes überzeugt sein und an ihre Auflösung schreiten. Die Aktionäre der „Prima“-Gesellschaften werden in diesem Falle den drei- bis fünffachen Betrag ihrer eingezahlten Gelder und ihre Depotwechsel aus den Tresors der Kompagnien zurückerhalten, die der minder gut situierten Gesellschaften werden froh sein, durch eine auf anständige Weise herbeigeführte Liquidation der auf den Leib einiger versorgungsbedürftigen Bettlern gegründeten Institute der Angst vor Nachzahlungen enthoben zu werden.

2. Die Nationalzeitung und die Kunstpflege.

In der ganzen deutschen Presse giebt es kein Blatt, das in der Bekämpfung der Meinung anderer einen so hochmütigen Ton anschlägt wie die Nationalzeitung, und doch hat in Rücksicht auf innern Wert kein Blatt so wenig Grund, eine herausfordernde Haltung anzunehmen wie das sezeßionistische Finanzblatt. War es nach Zabels Versicherung die Aufgabe der Nationalzeitung, „den demokratischen Ariadnesfaden“ in dem Labyrinth der Tagesereignisse festzuhalten, unter der ausdrücklichen Betonung, daß bei dem Unternehmen stets auf den Beruf der Presse, nicht auf den finanziellen Gewinn Bedacht genommen werde, so besleißigt sie sich gegenwärtig vornehmlich den „finanziellen Ariadnesfaden“ nicht zu verlieren, was zur Genüge erklärt, weshalb sie gestern konservativ-nationalliberal und heute sezeßionistisch-fortschrittlich-radikal schillert, je nach dem Ergebnis der Abonnentenjagd. Kein deutsches Blatt illustriert besser Feuerbachs Worte: „Schein ist unsre Politik, Schein unsre Sittlichkeit, Schein unsre Religion, Schein unsre Wissenschaft“ als die Nationalzeitung, nach deren Lektüre man seit Jahren immer die Empfindung hat, welche der ebengenannte Philosoph dahin zusammenfaßt: „Kurz, sittlich ist nur die Lüge, weil sie das Übel der Wahrheit oder — was jetzt eins ist — die Wahrheit des Übels umgeht, verheimlicht.“

Wir hatten in dem Rückblick auf die Thätigkeit des preußischen Landtags auch auf die Bewilligung von zwei Millionen Mark zu Kunstzwecken Bezug genommen und dabei bemerkt:

Die Forderung wurde unter dem Beifall der Liberalen bewilligt, denen ja bekanntlich „in der Förderung von Kunst und Wissenschaft kein Opfer zu groß“ ist. Wer auch auf diesem Gebiete den von ihnen sonst so nachdrücklich gepredigten Grundsätzen der reiflichen Erwägung hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Steuerkraft des Volkes huldigt und auch hier daran erinnert:

Grenzboten I. 1884.

79

Est modus in robus, sunt certi denique fines — der wird als ein „Dunkelmann“ und Erzreaktionär verschrien. Aber es giebt Leute genug, die in Bezug auf „Aufklärung“ und als „Lichtfreunde“ den Herren von der Linken so nahe als möglich stehen und doch die Ansicht vertreten, daß auch auf dem Gebiete von „Kunst und Wissenschaft“ ein Zuviel gethan werden könne und wir in Berlin nicht mehr weit von diesem Punkte entfernt seien. Die „Kunstsimpelei“ grassirt in der Berliner Gesellschaft in erschrecklichem Maße, und die „Wiedergeburtstümmelei“, das Renaissancefieber hat schon manchen und manche um ihr bißchen Verstand gebracht. Wenn man die verschwenderische Ausstattung betrachtet, mit der jetzt Staats- und Gemeindebauten bedacht werden, so sollte man glauben, daß wir „heidenmäßig viel Geld“ hätten, was doch, wie nicht nur der Finanzminister weiß, keineswegs der Fall ist. Der fortwährende Hinweis auf Paris und London hat etwas Krankhaftes; den Vorsprung der Jahrhundertende, den die beiden Hauptstädte vor Berlin voraus haben, kann die kaiserliche Residenzstadt niemals einholen, und es liegt auch nicht der Grund vor, sie dazu anzuspornen. Berlin soll sich als deutsche Hauptstadt entwickeln und braucht weder der Metropole an der Themse noch dem Seinebabel, dem Victor Hugoschen „Hirn der Welt“, nachzueifern. Diese Anfeuerung zum Wettstreit mit London und Paris geht, das verdient nachdrücklich hervorgehoben zu werden, auch nur in geringem Grade von den eingebornen Berlinern und den in der Hauptstadt ansässigen Deutschen, sondern vorwiegend von den Mitgliedern der goldnen Internationale und der ihr dienstbaren Presse aus.

Die Nationalzeitung hat Anweisung bekommen, gegen diese unsre Bemerkung loszugehen, und entledigt sich dieses Auftrags in folgender geschmackvollen, den veredelnden Einfluß der Kunst in jeder Silbe verratenden Weise:

Zur Orientirung darüber, nach welcher Richtung die Hunde, die bellen wollen, eben losgelassen werden, dient die folgende Bemerkung der Grenzboten über die Bewilligungen des Abgeordnetenhauses zu Kunstzwecken. [Hierauf folgt unsre Auslassung, natürlich, wie es bei der pünktlichen Fachtweife des Blattes üblich ist, unter Weglassung der für den richtigen Sinn unsrer Bemerkung entscheidenden Worte des Eingangs- und Schlusssatzes. Dann fährt sie fort:] Daß die Schule, welcher die Grenzboten angehören, sich in direktem Gegensatz gegen die Pflege der Kunst fühlt, ist begreiflich; die Kunst hat die Verfeinerung der Gesinnung im Auge, der Grundzug der Grenzboten und verwandter Geister ist die Tüppigkeit und Rohheit, welche sie mit Genie und Kraft verwechseln. Daher auch dieser Ausbruch von Abgunst gegen die Kunst als eine Macht, in der sich der Widerstand gegen diese Brutalisierung aller Lebensverhältnisse immer von neuem sammelt, von welcher die Reaktion gegen die jetzt herrschenden Tendenzen ausgehen wird.

In der That, ein unvergleichliches Beispiel von „Verfeinerung der Gesinnung“! Wie konnten wir aber auch auf die „goldne Internationale und ihre Presse“ hinweisen, das ist ja in den Augen gewisser Leute ein unsähnbares Verbrechen! Die Nationalzeitung und ihre Souffleure fühlten sich schwer getroffen, es war die Stelle, wo sie sterblich sind. „Hunde, Tüppigkeit, Rohheit, Brutalisierung“ — welcher herrlicher Wortschatz „verfeinerter Gesinnung“!

Also wer behauptet, daß es auch in dem Aufwand für Kunst und Wissenschaft ein Zuviel geben könne, der geht nach der Ansicht der Souffleure der Nationalzeitung auf nichts geringeres aus, als auf „die Brutalisierung aller Lebensverhältnisse.“ Prächtiges Schlagwort! Wenn die Herren Direktoren und Assistenten der Berliner Museen nicht Millionen bewilligt bekommen, um leere Wandstellen mit zweifelhaften Rubensbildern à 200 000 Mark füllen oder alte Handzeichnungen, über deren Wert und Ursprung die Vermolieffs sehr verschiedener Ansicht sind, aufspeichern zu können, wenn die Orientalisten in den Museumsverwaltungen verhindert werden, für persische Lumpen, die erst für schmerz Geld in Paris notdürftig aufgebügelt werden müssen, unerhörte Preise zu zahlen, wenn dem albernen Sport, den man mit Chinoiserien und japanesischen Lackarbeiten treibt, ein Kegel vorgeschoben wird, dann werden „alle Lebensverhältnisse brutalisiert,“ dann hängen wir uns wieder die Bärenfelle unsrer Vorfahren um oder fangen gar an, auf allen Bieren

zu laufen! Das wäre freilich schrecklich. Dann könnten die Herren Museumsbeamten, von denen übrigens der und jener die „Verfeinerung der Gesinnung“ schwer erkennen läßt, keine Reisen mehr auf Staatskosten nach Italien, Frankreich und England machen, dann müßte der arme Finanzbaron sein kostbares Mahl wieder in der Lehmhütte wie seine über unsre Ostgrenze eingewanderten Vorfahren einnehmen; aus wäre es mit den „antiken“ Stühlen, der „antiken“ Tischwäsche und den massiv goldnen Prunkgefäßen aus dem „Familienschatz.“ Ja, die „Brutalisierung aller Lebensverhältnisse“ — es ist unglaublich, was die „Reaktion“ nicht alles anstrebt, sogar den Antiquitäten- und Raritätenhändlern will sie das Geschäft verderben.

Die Grenzboten der „Abgunst gegen die Kunst“ zu beschuldigen, ist gerade so abgeschmackt, als wenn jemand der Nationalzeitung „Abgunst“ gegen die fortschreitende Verjudung unsers öffentlichen Lebens oder „Abgunst“ gegen die intimen Beziehungen einer Zeitung zu Börsenmatadoren oder „Abgunst“ gegen die „Täppigkeit und Rohheit“ semitischer Literaten nachrühmen wollte. Weit entfernt, den Aufwand einiger Millionen für Kunstzwecke abgünstig zu beurteilen, gewährt es uns vielmehr die höchste Befriedigung, zu sehen, wenn dem Staate zur Förderung idealer Zwecke ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Aber die Grenzboten werden sich durch die „Rohheit und Täppigkeit“ der Nationalzeitung nicht davon abhalten lassen, ihre Stimme zu erheben gegen die Verwendung von Staatsgeldern im Interesse einseitiger Liebhabereien und zur Begünstigung herrschender Modesthorheiten.

*
*
*

Anmerkung der Redaktion. Die Nationalzeitung hat in Verbindung mit ihren eignen Auslassungen eine Notiz der „Germania“ abgedruckt, worin wieder einmal angenommen wird, daß unser Mitarbeiter, Herr Dr. Moriz Busch, Redakteur dieser Blätter oder gar Verfasser des Artikels „Aus dem preußischen Landtage“ sei; auch der „Kladderadatsch“ sagt über diesen Artikel: Herr Busch „ulkt“ in den Grenzboten zc. Dem „Kladderadatsch“ bei dem ja schon längst die „Gesinnungstüchtigkeit“ den Witz bedeutend überwiegt, nehmen wir das nicht übel. Die Nationalzeitung aber weiß, daß sie damit einem Irrtum Vorschub geleistet hat, denn sie hat schon vor einiger Zeit einmal die Behauptung widerrufen müssen, daß Herr Dr. Busch Redakteur der Grenzboten sei. In dem ganzen Angriff der Nationalzeitung macht sich wohl nur der verfezte Grimm über die Zurechtweisung etwas Luft, welche sie jüngst wegen Buschs Buch „Unser Reichskanzler“ hat hinnehmen müssen. Da wurde man plötzlich ganz still, nachdem man vorher den Mund gewaltig weit aufgerissen hatte.

